

Starke Wirtschaft. Starkes NRW. Starkes Deutschland.

Erwartungen der NRW-Wirtschaft an eine neue Bundesregierung

Deutschland wird nur mit einer starken Wirtschaft ein starkes Land bleiben. Viel zu wenig ist im Wahlkampf eine Debatte über die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland geführt worden. Täuschen wir uns nicht: Deutschland steht vor gewaltigen Herausforderungen. Es wäre fatal, sich auf der derzeit guten Wirtschaftslage auszuruhen oder gar die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen durch noch zusätzliche Belastungen zu gefährden. Für die nächste Bundesregierung gilt es daher, den Wirtschaftsstandort einem echten Update zu unterziehen. Nicht mit immer weiteren sozialpolitischen Wohltaten, sondern mit einem klaren Schwerpunkt auf Innovationen und Investitionen werden wir Wohlstand, Arbeitsplätze und Zukunftschancen sichern. Unser Land braucht ein neues Grundempfinden für die Bedeutung der Wirtschaft und ein Klima, in dem unternehmerisches Engagement willkommen ist und Gründergeist geweckt wird.

1. NRW als Kernland Deutschlands stärken

Auf Dauer ist ein starkes Deutschland ohne ein starkes Nordrhein-Westfalen nicht denkbar. Deutschland kann es sich nicht leisten, dass Nordrhein-Westfalen als größtes und zentrales Bundesland der Republik weiter zurückfällt. Der wirtschaftspolitische Aufbruch, den die neue Landesregierung in Angriff genommen hat, muss von der neuen Bundesregierung mit aller Kraft unterstützt werden. Nordrhein-Westfalen ist zu wichtig für Deutschland, als dass ein Großteil der öffentlichen Investitionen weiterhin einen Bogen um unser Land machen darf. Hier brauchen wir eine echte standortpolitische Kurskorrektur des Bundes zugunsten unseres Landes. Außerdem erwarten wir einen substanziellen Beitrag des Bundes für einen neuen Aufbruch im Ruhrgebiet.

2. NRW mehr Gewicht in der Bundesregierung verschaffen

Nordrhein-Westfalen hat in den vergangenen Jahren deutlich an bundespolitischem Gewicht verloren. Hier gilt es, bei der Bildung einer neuen Bundesregierung entschlossen gegenzusteuern. Die NRW-Parteien müssen daher selbstbewusst den Anspruch erheben, wieder Schlüsselressorts zu besetzen. Dieses gilt aus Sicht der Wirtschaft insbesondere für das Bundesverkehrsministerium, das für die Sanierung, die Modernisierung sowie den Auf- und Ausbau der Infrastruktur entscheidend ist. Es ist nicht zielführend, wenn ein solches Ministerium auf Dauer ausschließlich durch Politiker des immer wieder gleichen Bundeslands geführt wird. Unabhängig vom Ressortzuschnitt braucht Nordrhein-Westfalen Persönlichkeiten im Kabinett, die sich entschlossen für den Industrie- und Wirtschaftsstandort NRW einsetzen.

3. Regulierung stoppen und Bürokratie abbauen

Überregulierung und überbordende Bürokratie schaden den Unternehmen im internationalen Wettbewerb. Vor diesem Hintergrund muss sich Deutschland bei der Umsetzung von EU-Normen auf eine strikte „Eins-zu-Eins-Umsetzung“ beschränken. Bestehende Sonderregelungen sind umgehend zu überprüfen und anzupassen. Um in der nationalen Gesetzgebung bürokratische Belastungen abzubauen, sollte die bestehende „one-in-one-out-Regel“ zu einem „one-in-two-out-System“ fortentwickelt werden. Der Normenkontrollrat der Bundesregierung ist weiter zu stärken. Für Investitionen und Produktzulassungen sind darüber hinaus verlässliche sowie schnelle und effiziente Planungs- und Genehmigungsverfahren von größter Bedeutung. Deutschland sollte das Land mit den effizientesten und schnellsten Genehmigungsverfahren werden. Genehmigungserfordernisse sind daher auf ein Minimum zu beschränken.

4. Weltweit modernste Verkehrsinfrastruktur schaffen

Nordrhein-Westfalen ist der wichtigste Verkehrsknotenpunkt in Deutschland. Straßen, Schienen und Wasserwege sind in NRW stärker überlastet und in großen Teilen sanierungsbedürftiger als anderswo, mit besonders drastischen Folgen für den Schwerlastverkehr. Gleichwohl wurde in den vergangenen Jahrzehnten jedoch überproportional in die Verkehrsadern im Süden und Osten der Republik investiert. Deshalb muss jetzt die Sanierung, die Modernisierung sowie der Auf- und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zwischen Rhein und Weser in den Investitionsplänen des Bundes oberste Priorität haben. Der Bund muss dabei auch die Schienenanbindung an die ZARA-Häfen entschlossen vorantreiben. Außerdem ist es notwendig, das Planungsrecht zu beschleunigen, ausreichende PlanungsKapazitäten vorzuhalten und neue Partnerschaftsmodelle zu entwickeln. Mit seinen engmaschigen Verkehrsnetzen, den regional sehr unterschiedlichen Strukturen und der hohen Bevölkerungsdichte ist

NRW zudem wie kein anderes Bundesland geeignet, moderne Mobilitätskonzepte zu entwickeln und unmittelbar einzusetzen. Wir fordern eine neue Bundesregierung auf, NRW mit einem verkehrsträgerübergreifenden Sonderprogramm zum Prototyp für „Smart Mobility“ zu entwickeln. Den Mobilitätswandel gilt es technologieoffen zu gestalten.

5. Vorreiter der Digitalisierung werden

Die nächste Bundesregierung muss „digital denken“. Sie muss die Digitalisierung von Gesellschaft und Wirtschaft viel aktiver vorantreiben und gestalten. Hierfür brauchen wir einen Mentalitätswandel und klare Zuständigkeiten. Nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens sollten sämtliche für die Digitalisierung relevanten Kompetenzen im Wirtschaftsministerium gebündelt werden. Ein neuer Digitalminister darf nicht nur Koordinator, sondern muss Gestalter der Digitalisierung sein. Statt überzogener Regulierung brauchen wir dabei einen modernen, innovationsfreundlichen Rechtsrahmen nach dem Grundprinzip „Weniger ist mehr“. Das Arbeitszeitgesetz muss an die Anforderungen der Digitalisierung angepasst werden. Außerdem bedarf es einer ehrgeizigen digitalen Bildungsagenda. Unverzichtbar ist überdies ein flächendeckender Anschluss an leistungsfähige Datenautobahnen, der in NRW gerade bei Industrie- und Gewerbegebieten sowie im ländlichen Raum noch viel zu häufig fehlt. Ziel muss es sein, bis zum Jahr 2021 alle Industrie- und Gewerbegebiete an das Gigabitnetz anzuschließen. Bund und Land sind hier gemeinsam gefordert, damit der Strukturwandel zu Industrie 4.0 gelingt. Außerdem muss unsere Verwaltung durch intelligentes E-Government zur modernsten und effektivsten Europas werden. Und schließlich bedarf es koordinierter Anstrengungen im Bereich der Datensicherheit sowie des Schutzes kritischer Infrastrukturen und vor Wirtschaftsspionage.

6. Auf Industrie setzen und Wertschöpfungsketten stärken

Die Industrie ist die Basis unseres Wohlstands. Und NRW ist das Kernland der deutschen Industrie. NRW verfügt von der Energiewirtschaft über die Grundstoff- und Zulieferindustrie bis hin zu weltweit erfolgreichen Endproduzenten und Dienstleistern über die gesamte Wertschöpfungskette. Außerdem verfügen wir über leistungsfähige branchenübergreifende Netzwerke, die eng zusammenarbeiten und so innovative Produkte und Verfahren entwickeln. Diese einmalige Struktur darf die Politik nicht gefährden. Wir fordern daher ein eindeutiges Bekenntnis zu industrieller Produktion und eine Industriepolitik, die mit fairen und verlässlichen Rahmenbedingungen die Wettbewerbsfähigkeit stärkt und Investitionssicherheit schafft. Deutschland braucht ein politikfeld- und ressortübergreifendes industriepolitisches Gesamtkonzept. Um Kompetenzgerangel innerhalb der Bundesregierung zu vermeiden, sollte das Wirtschaftsministerium in allen industriepolitisch relevanten Fragen eine Koordinierungs- und Querschnittsfunktion erhalten. Nur mit einer starken Industrie wird es gelingen, die deutsche Volkswirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad zu heben. Unsere Industrie bringt eine höhere Lebensqualität für die Menschen, bessere und sicherere Arbeitsplätze für die Arbeitnehmer, eine gesteigerte Energie- und Rohstoffeffizienz und nicht zuletzt auch klima- und umweltfreundliche Produkte für Deutschland und die Welt.

7. Energieversorgung sichern und Preise senken

NRW darf nicht zum endgültigen Verlierer der Energiewende werden. Insbesondere Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Strompreise sind zentrale Standortfaktoren für das Industrieland NRW. Die bisherige Umsetzung der Energiewende bedeutet für die Industrie eine vielfach existenzbedrohende Belastung im Wettbewerb. Der kontinuierliche Anstieg der Energiekosten muss endlich durchbrochen, die Finanzierung der Erneuerbaren Energien marktorientiert und transparent ausgestaltet und der Netzausbau auf ein langfristig tragbares Konzept umgestellt werden. Zudem ist die Entwicklung und Realisierung von wirtschaftlichen Stromspeichern zu forcieren. Um unsere Wertschöpfungsketten zu sichern, gilt es, sich für energieintensive Industrien einzusetzen und eine Verschärfung des EU-Emissionshandels zu verhindern. Politische Vorgaben müssen für alle Marktteilnehmer berechenbarer sowie nationale und europäische Instrumente besser aufeinander abgestimmt werden. Nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens sollte die neue Bundesregierung im Bundeswirtschaftsministerium alle energiepolitischen Kompetenzen bündeln, einschließlich der Klimaschutzpolitik, des Emissionshandels und der Erneuerbaren Energien. Wir lehnen einen übereilten Ausstieg aus der Kohleverstromung ab, der die Versorgungssicherheit besonders stark in NRW gefährden würde. Den Strukturwandel in der Energiewirtschaft gilt es zu gestalten und dabei Strukturbrüche zu vermeiden, insbesondere in den betroffenen Regionen.

8. Kräftige Impulse für bessere Bildung setzen

Bildung ist der zentrale Schlüssel für persönliche Zukunftschancen und gesellschaftliche Teilhabe. Darüber hinaus ist sie von überragender Bedeutung für Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und gesellschaftlichen Fortschritt. Die Verbesserung der Bildungsqualität bleibt eine Schlüsselaufgabe der Landespolitik. Gleichzeitig ist aber auch der Bund gefordert, bei frühkindlicher Bildung, bei Bildungsstandards, bei Digitalisierung und bei Investitionen in die Schulinfrastruktur kräftige Impulse zu setzen. Vor allem muss der angekündigte „DigitalPakt#D“ schnellstmöglich auf den Weg gebracht und dabei sichergestellt werden, dass alle Schulen in NRW bis Mitte 2019 Zugang zum schnellen Internet erhalten. Auch die Rahmenbedingungen für die duale Ausbildung gerade in KMU gilt es weiter zu verbessern. Im Hochschulbereich ist die Unterstützung des Bundes auch nach dem Auslaufen des Hochschulpakts 2020 fortzusetzen. Der Bund sollte in der Hochschulförderung weiter einen besonderen Schwerpunkt auf Qualität und Exzellenz legen.

9. Arbeitsmarkt flexibel halten und Fachkräfte sichern

Entgegen allen Behauptungen ist das Normalarbeitsverhältnis in Deutschland auf dem Vormarsch und nicht auf dem Rückzug. Ergänzend sind für die nordrhein-westfälischen Unternehmen aber Instrumente zur flexiblen Personalpolitik wie befristete Beschäftigung, Zeitarbeit und Werkverträge unerlässlich, um auf veränderte Marktbedingungen und Auftragsschwankungen reagieren zu können. Neue zusätzliche Regulierung in diesen Bereichen würde die derzeitigen Erfolge am Arbeitsmarkt massiv gefährden. Die befristete Beschäftigung bietet gerade Berufsanfängern und Arbeitssuchenden häufig den Einstieg ins Arbeitsleben. Zeitarbeit ist ein notwendiges Flexibilitätsinstrument für die Unternehmen und gleichzeitig die wichtigste Brücke in den Arbeitsmarkt. Und Werkverträge sind unverzichtbar, um Arbeitsteilung und Spezialisierung insbesondere in Produktionsprozessen zu ermöglichen. Überdies ist das bürokratische Entgelttransparenzgesetz überflüssig und abzuschaffen. Der teilweise geforderte gesetzliche Rückkehranspruch von Teilzeit in Vollzeit würde gerade mittelständische Unternehmen oft vor unlösbare Probleme stellen und ist daher abzulehnen. Insgesamt gilt es, Überregulierung am Arbeitsmarkt abzubauen. Eine besondere Herausforderung in NRW ist die Langzeitarbeitslosigkeit. Statt einen zweiten Arbeitsmarkt zu schaffen, sollte der Bund auf neue Wege zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt setzen, die auf eine praxisnahe, modulare Qualifizierung und auf eine enge persönliche Beratung und Begleitung von Langzeitarbeitslosen ausgerichtet sind. Notwendig ist zudem eine Gesamtstrategie zur Erschließung aller inländischen Potenziale und zur Gewinnung qualifizierter ausländischer Fachkräfte durch ein entsprechendes Zuwanderungsgesetz.

10. Forschung und Entwicklung zur Geisteshaltung machen

Unsere Gesellschaft muss innovationsfreundlicher werden. Die Innovationsstärke unserer Unternehmen ist die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Forschungspolitik ist Standortpolitik und darum noch stärker wertschöpfungs- und marktorientiert auszurichten. Deutschland braucht eine verbindliche Hightech- und Innovationsstrategie mit klaren Zielen und einem regelmäßigen Innovationsmonitoring. Von herausragender Bedeutung sind eine neue Kooperationskultur und eine noch viel stärkere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Die Transfer- und Kooperationsinstrumente müssen hierfür entbürokratisiert, beschleunigt und ausgebaut werden. Gerade für NRW mit seinem engen Netzwerk aus Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen liegen hier riesige Potenziale. Forschungsförderung muss stets technologieoffen gestaltet sein. Neue Technologien sind vorurteilsfrei zu betrachten und ihre Chancen und Risiken fair abzuwägen. Gesetzgebung ist stärker hinsichtlich ihrer Auswirkung auf das Innovationssystem insgesamt und die Innovationsfähigkeit der Unternehmen zu überprüfen. Die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung ist überfällig und muss in dieser Legislaturperiode für forschende Unternehmen aller Größenklassen auch tatsächlich umgesetzt werden.

11. Umwelt- und Klimaschutz international denken

Wirtschafts- und umweltpolitische Ziele sind soweit wie möglich in Einklang zu bringen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Unsere Industrie trägt mit ihren hocheffizienten Produkten und Lösungen unmittelbar zum globalen Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz bei. Dabei ist sie weltweit führend im Bereich der umweltfreundlichen Produktion. Damit Industrie „Made in Germany“ international weiterhin erfolgreich sein kann, brauchen wir eine enge Verzahnung von bundes- und europaweit relevanten Strategien und Maßnahmen für Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz. Unsere Unternehmen können zusätzliche Belastungen durch nationale Alleingänge auf Dauer nicht verkraften.

ten. Stattdessen brauchen wir gerade im Umweltbereich eine strikte „Eins-zu-Eins-Umsetzung“ von EU-Vorgaben ins nationale Recht. Dieses gewährleistet bereits ein hohes Schutzniveau. Geschieht dies nicht, sind Investitionen in effiziente Technologien und Arbeitsplätze hierzulande gefährdet.

12. Lohnzusatzkosten begrenzen

Um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zu sichern, müssen die Sozialbeiträge dauerhaft unter 40 Prozent gehalten werden. Hierfür bedarf es in der kommenden Legislaturperiode mutiger Strukturreformen in allen Sozialversicherungszweigen. Jeder Vorschlag einer Leistungsausweitung in der Sozialversicherung muss mit einem Einsparungsvorschlag in mindestens gleichem Umfang verbunden sein. Die Frühverrentungswelle durch die abschlagsfreie Rente mit 63 muss ebenso wie die abschlagsfreie Rente mit 65 schnellstmöglich beendet werden. Auch eine Anhebung des Rentenalters darf zumindest langfristig kein Tabu sein. Attraktive steuer- und beitragsrechtliche Bedingungen und ein strikter Verzicht auf überflüssige Bürokratie sind weiterhin der beste Garant für mehr freiwillige betriebliche Altersvorsorge. Gerade für mittelständische Betriebe in NRW ist es wichtig, dass sie über ein zusätzliches Engagement in der betrieblichen Altersversorgung weiterhin selbst entscheiden können. Im Gesundheitssystem muss der Wettbewerb auf allen Ebenen intensiviert werden. Die Begrenzung des Arbeitgeberanteils auf 7,3 Prozent ist auch in Zukunft zwingend erforderlich, damit sich überproportional steigende Gesundheitsausgaben nicht negativ auf die Lohnzusatzkosten auswirken.

13. Tarifautonomie fördern und Sozialpartnerschaft stärken

Die Sozialpartnerschaft und die Tarifautonomie sind zentrale Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft und haben gerade in NRW eine besondere Tradition und Bedeutung. Der Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen wäre ohne ein vertrauensvolles Miteinander zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften nicht möglich gewesen. Gerade weil die Sozialpartner näher an der betrieblichen Praxis sind als die Politik, ist es wichtig, die Tarifautonomie wieder zu stärken und den rechtlichen Rahmen für ein faires Miteinander zu schaffen. Der Staat darf sich weder in die Zuständigkeiten der Sozialpartner einmischen noch den Handlungsspielraum der Tarifparteien gesetzlich einengen. Arbeitgeberverbände stehen für eine hohe Bindung im Flächentarif mit seiner friedensstiftenden Wirkung innerhalb der einzelnen Branchen. Die Tarifbindung muss aber weiterhin für die Unternehmen freiwillig bleiben. Gesetze, die Unternehmen zur Anwendung von Tarifverträgen zwingen, schwächen im Ergebnis jedoch die Tarifautonomie, wenn deshalb Unternehmen das Interesse am Engagement in Verbänden verlieren.

14. Solide Haushalte, Steuern senken und mehr investieren

Die gute Haushaltslage ist im Kern ein Ergebnis des wirtschaftlichen Erfolgs der Unternehmen in Deutschland. Rekordsteuereinnahmen dürfen die nächste Bundesregierung jedoch nicht dazu verleiten, durch zusätzliche Ausweitungen von konsumtiven Ausgaben Handlungsspielräume für dringend erforderliche Investitionen in Bildung, Innovation und Infrastruktur einzuschränken. Vielmehr gilt es, den Investitionsanteil des Haushalts deutlich auszubauen und nicht länger den massiven Anstieg der Sozialausgaben fortzusetzen. Um die Wirtschafts- und Finanzkraft unseres Landes zu sichern, muss die Politik den steuerlichen Standortwettbewerb endlich ernst nehmen und das Steuerrecht strukturell reformieren. Steuererhöhungen oder etwa die Einführung einer Vermögensteuer würde unseren Wirtschaftsstandort schwächen. Aus Sicht unserer Beschäftigten gilt es, versteckte Steuererhöhungen durch die kalte Progression zu verhindern und den Mittelstandsbauch abzubauen. Zudem sollte der Solidaritätszuschlag schnellstmöglich auslaufen.

15. Europa stärken und für Freihandel einsetzen

Die europäische Idee ist das größte Friedens- und Freiheitsprojekt der Geschichte unseres Kontinents und der Europäische Binnenmarkt der bedeutendste Wirtschaftsraum der Erde. Gerade die exportorientierte NRW-Wirtschaft ist auf ein handlungsfähiges Europa und offene internationale Märkte angewiesen. Abschottung und Protektionismus hingegen sind die größten Feinde von Wachstum und Beschäftigung. Deshalb erwarten wir von der nächsten Bundesregierung, dass sie sich in der Europäischen Union für einen funktionierenden Binnenmarkt, für einen stabilen Euro und für einen wettbewerbsfähigen Regulierungsrahmen einsetzt. Auf internationaler Ebene gilt es, sich mit Nachdruck einerseits für Freihandelsabkommen und andererseits gegen Handelshemmnisse sowie wettbewerbsverzerrende Maßnahmen stark zu machen.